

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 29 (1949-1950)
Heft: 11

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Die Entwicklung der Verhältnisse in China, durch welche die Herrschaft der Kuomintang faktisch zum Auslöschen gebracht wurde, hat die Politik der westlichen Alliierten vorerst vor ein nicht ganz einfaches Problem gestellt. Die Engländer zogen es vor, sofort die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen und das Regime Mao Tse-tung anzuerkennen, einmal mit Rücksicht auf ihre Handelsinteressen, dann aber auch zur Stützung ihrer Beziehungen zu Indien, das seinerseits diese Anerkennung erwartete. In Amerika haben sich die Dinge nicht so einfach entwickelt. Die antikommunistische Linie, die dort äußerst konsequent geführt wird, und die man aus dem Bereiche der Propaganda täglich neu nachzieht, mußte besondere Verhältnisse schaffen. Dazu kamen die innerpolitischen Gegensätze, und diese führten dazu, daß man auf republikanischer Seite die günstige Gelegenheit ergreifen wollte, die sich hier zu bieten schien, um der Administration des Präsidenten Truman, insbesondere aber seinem Staatssekretär, eins auszuwischen. Von dieser Seite wurde denn auch der Vorschlag gemacht, das Regime Tschiang Kai-shek im letzten Augenblick noch durch eine direkte militärische Intervention auf der Insel Formosa zu stützen, ein Vorschlag, gegen welchen das Staatsdepartement mit aller Schärfe auftrat. Freilich wäre eine solche Einflußnahme keineswegs die erste Intervention im chinesischen Bürgerkrieg gewesen. Schon bisher hatte man umfangreiche Militärmissionen entsandt, dazu eine Unmenge Material, das dann größtenteils in die Hände der Kommunisten fiel, und es waren, wenigstens in den ersten Phasen des Bürgerkrieges, auch amerikanische Flieger eingesetzt worden. Die Entsendung amerikanischer Truppen in größerem Ausmaß war bisher freilich nicht in Erwägung gezogen worden, und auf Seiten des Staatsdepartements nahm man den Standpunkt ein, daß eine solche Maßnahme unter Umständen zum Kriege führen könnte. Ob diese Auslegung der Dinge wirklicher Befürchtung entsprach oder nur vorgeschoben wurde, kann füglich dahingestellt bleiben; indessen ergab sich, daß in der Folge die Kampagne auf eine aktive Intervention in Formosa abgeblasen wurde, und damit kam die Diskussion von selbst in ein ruhigeres Fahrwasser. Das heißt natürlich nicht, daß mit einer baldigen Anerkennung des kommunistischen Regimes auch seitens der Vereinigten Staaten zu rechnen sei, dazu ist die allgemeine Stimmung viel zu ausgesprochen; anderseits wird sich eine solche Maßnahme auf die Dauer schon wegen der Entwicklung der Dinge im Bereich der Vereinigten Nationen kaum umgehen lassen, weil im andern Fall die völlige Lahmlegung der Arbeiten dieser Organisation unvermeidlich schiene.

Das Argument nun, das der amerikanische Staatssekretär zuvorderst in die Debatte warf, und mit dem er die Kampagne tatsächlich zum Abschluß brachte, war in gewisser Beziehung neu oder doch ungewohnt; jedenfalls scheint uns, daß es

auch mit Rücksicht auf die allgemeine Entwicklung der Dinge Beachtung verdiene. So wies der Staatssekretär darauf hin, daß es falsch wäre, die Entwicklung in China einfach mit dem althergebrachten Stigma «Ausbreitung der kommunistischen Ideologie» zu versehen, vielmehr ließ er darauf hinweisen, im Grunde sei die Revolution in China nichts anderes als die Befreiung von einer im Sinne unserer Tage überlebten und dazu völlig korrupten Wirtschaft, — im Grunde genommen also genau das, was seinerzeit die Französische Revolution auch gewesen sei. In diesem Zusammenhang ließ er die Bewegung sogar mit der amerikanischen Revolution von 1776 vergleichen, und damit machte er nun vollends deutlich, daß dem Umsturz in China gleichsam eine soziale und damit die moralische Berechtigung zuzusprechen sei. Nahm der Staatssekretär auf diese Weise seinen innerpolitischen Gegnern eine Waffe aus der Hand, so zog er seinerseits gleich eine zweite, die nun auch in bezug auf die äußeren Auswirkungen unter Umständen von recht wesentlicher Bedeutung werden kann. Der Staatssekretär schloß nämlich an die erste Überlegung die andere, daß nämlich auch die Haltung der Sowjetunion in diesem Zusammenhang unter einem besonderen Gesichtswinkel zu betrachten sei. Für sie gehe es nämlich hier gar nicht um die Unterstützung einer kommunistischen Bewegung aus ideologischen Gründen, sondern es handle sich darum, daß Rußland eine an sich durchaus berechtigte Bewegung einfach ausnutzen wolle, um damit seine imperialistischen Ziele in Asien zu verfolgen. Hier könne also, so ließ der Staatssekretär erklären, die hergebrachte ideologische Verbrämung nicht mehr verfangen; hier sei ein neues Element eingetreten, und nun gelte es eben nicht in erster Linie, das neue Regime in China — und sei es auch ein kommunistisches — à tout prix zu bekämpfen und zu diesem Zweck das abgewirtschaftete Regime der Kuomintang in seinen letzten Zügen noch mit amerikanischen Mitteln zu stützen, sondern jetzt gelte es, den Völkern Asiens klarzumachen — und zwar den Völkern Asiens mit Einschluß des neuen China! —, daß sie von Rußland gar nicht die Befreiung von irgendeinem Joch mittels der kommunistischen Ideologie zu erwarten hätten, sondern daß Rußland in Wahrheit eine rein imperialistische Politik treibe, welche darauf ausgehe, sich die andern Völker zu unterwerfen. Gegen diese Politik des reinen Imperialismus aber setze sich Amerika zur Wehr; es sei der Freund der bedrohten Völker.

Mit diesem Argument hat der Staatssekretär einmal die Grundlage geschaffen, auf der sich jede weitere aktive Intervention in China abbiegen läßt. Zum andern aber sind damit neue Perspektiven ins Licht gestellt, die unter Umständen von sehr weittragender Bedeutung werden können. Zweifellos hat der amerikanische Staatssekretär hier im weiteren Bereiche auf den Grundlagen aufbauen können, welche durch die Politik Marschall Titos gelegt worden sind. Gelänge es nun, den Völkern ganz allgemein diese Gedankenführung klar zu machen, so würde damit der weiteren Ausbreitung der kommunistischen Ideologie ein Damm gesetzt, darüber hinaus aber den Völkern — und nicht nur Asiens! — ein neues, zügiges Element zugeführt, das sich im Kampfe gegen die Sowjetunion mit Vorteil verwenden ließe.

Jann v. Sprecher

Brief aus dem Pazifik

Aus Südamerika erreicht uns folgender Bericht:

Die Anden durchziehen den südamerikanischen Kontinent wie das Rückenmark den menschlichen Körper. Sie sind geologisch jüngerer Formation, vulkanischer Natur und deshalb sehr unruhig. In frischer Erinnerung steht das kürzliche Erdbeben in Ecuador, das ganze Ortschaften vernichtete. Ähnliche, heftigere und weniger heftige systemische Erschütterungen dieses Faltengebirges meldeten sich in den letzten Jahren auch in Columbien, Peru, Bolivien und Chile, kurz die Andenstaaten genannt.

Die Unruhe des Bodens scheint sich auf die Natur der ihn bewohnenden Menschen übertragen zu haben. Politisch sind die Andenstaaten, wie die Kordillere, über der sie rittlings liegen oder an die sie sich schmiegen, ebenfalls vulkanisches Gebiet. Denken wir an die Volkserhebung des Jahres 1946 in La Paz, bei welcher Gelegenheit der damalige Präsident Villaroel, wie seinerzeit beim Prager Fenstersturz anfangs des 15. Jahrhunderts, durch das Fenster seines Palastes geworfen und hierauf gehängt wurde, oder an die Plünderung Bogotás vorigen Jahres, anlässlich der Ermordung des Volkstribunen Gaitan, in Gegenwart der Delegierten des 11. Pan-amerikanischen Kongresses. Der politische Umsturz Ende 1948 in Peru, die im August und September letzten Jahres mit Waffengewalt niedergeschlagene Revolution in Bolivien, das vor kurzer Zeit gegen den ecuadorianischen Präsidenten verübte Bombenattentat, die blutigen Vorspiele der soben stattgefundenen Wahlen in Columbien, sowie der Kampf der chilenischen Regierung gegen die Kommunisten lassen diese Staaten in steter politischer Eruption erscheinen.

Es ist nun erstaunlich, beobachten zu können, wie diese politischen Konvulsionen, die übrigens von der ruhigen Schweiz aus betrachtet viel gefährlicher aussehen als sie es in Wirklichkeit sind, die wirtschaftliche Entwicklung der Andenländer eigentlich, relativ genommen, wenig hemmten. Wenn wir ihre heutige wirtschaftliche Lage mit derjenigen vor dreißig Jahren, wie sie sich kurz nach dem ersten Weltkrieg präsentierte, vergleichen, stellen wir einen großen Unterschied in der Lebensart und geistigen Verfassung nicht nur bei den sogenannten führenden Schichten, sondern auch bei den mittleren Volkskreisen und sogar auch einem Teil der untersten Schicht, der Indianer, fest.

Die Pazifische Küste des südamerikanischen Kontinents bildet einen Teil der

Grenze zwischen der westlichen und der östlichen Welt,

dem dynamischen Westen und dem kontemplativen Osten. Die Lebensbegriffe dieser zwei Welten kreuzen sich hier öfters. In Lima, der Hauptstadt Perus, können wir sie noch heute nebeneinander sehen, wo wir vom modernen Geschäftszentrum der Stadt in wenigen Minuten zu Fuß ins chinesische Viertel gelangen. Jedoch ist nicht zu verkennen, daß in den letzten Jahren der dynamische Geist des Westens ungestüm vorwärts drängt und die Statik des Ostens und auch die ihr verwandte spanische Lebensauffassung der Kolonialzeit immer mehr an die Wand drückt. An folgendem Beispiel können wir dies illustrieren: vor dreißig Jahren kam in Callao, der Hafenstadt Limas, nur einmal im Monat per Schiff die Post aus den Vereinigten Staaten und Europa an. Einige Jahre später trafen die Postschiffe alle 14, dann alle 8 Tage in Callao ein. Bald darauf wurden die ersten Luftlinien geschaffen. Heute trifft auf dem Luftwege alle Tage Post aus den Vereinigten Staaten und Europa ein und die Post kann jeden Tag nach den gleichen Ländern speditiert werden. Ohne daß ihre Bewohner es eigentlich wollten, beschleunigte sich dadurch der Rhythmus ihrer Handlungen immer mehr, wobei nicht nur wirtschaftlich, sondern auch geistig und gesellschaftlich ein Umbruch stattfand. Es ist dies — «toute proportion gardée»

— eine ähnliche Entwicklung, wie wir sie seinerzeit in den Vereinigten Staaten beobachten konnten, als das wirtschaftliche und politische Schwergewicht sich nach und nach vom Kolonisten und Grundbesitzer zum Industriellen und Bankier verlegte und langsam sich die Arbeitermassen organisierten und zu wirtschaftlichen wie politischen Machtfaktoren aufstiegen. Es ist interessant, feststellen zu können, wie sich da in den Andenstaaten, auf kleinerem Gebiete, amerikanische Wirtschaftsgeschichte wiederholt, vielfach noch zögernd, aber doch schon zielbewußt. Dieser Entwicklung wird in der Schweiz eigentlich noch sehr wenig Aufmerksamkeit gezeigt. Die schweizerischen Geschäftsleute, Industriellen und Bankiers leiden vielfach noch am sogenannten Komplex der ABC-Staaten; sie glauben, daß in Südamerika nur Argentinien, Brasilien und Chile zählen. Es kann dies ein verhängnisvoller Irrtum werden. Gerade in der Entwicklungsperiode, in der sich jetzt die Andenstaaten befinden, ist es gut zu pflügen, damit später die gewünschte Saat aufgeht.

Es stimmt, daß zur Stunde die Andenstaaten noch vor allem Rohstoffproduzenten sind und ihre ganze Wirtschaft auf diesen aufgebaut ist. So lebt Columbien in erster Linie von seinem Kaffee, Ecuador von seinem Kakao und Reis, Peru von seiner Baumwolle, seinem Zucker, seinen Metallen und seinem Petrol, Bolivien von seinem Zinn und Chile von seinem Kupfer und Salpeter. Jedoch zeigte sich schon nach dem ersten und nun ganz besonders nach dem zweiten Weltkriege eine in vieler Hinsicht recht kräftige

Entwicklung in der Richtung des Industriestaates,

brennen doch schon heute Hochöfen in Chile; es werden nächstens solche auch in Peru angezündet werden. In der schweizerischen Ausfuhr nach den Andenstaaten spiegelt sich diese Entwicklung recht deutlich. Vor dreißig Jahren setzte sich diese in erster Linie aus Gebrauchsartikeln zusammen, wie Uhren, Textilien, Schuhe, Nahrungsmitteln etc. Heute, ausgenommen die Uhren, sind diese Artikel von den Maschinen, Apparaten und chemischen Halbfabrikaten, wie Anilinfarben zum Beispiel, verdrängt worden, wobei, was den Wert dieser Waren anbetrifft, ein recht erfreulicher Aufstieg festgestellt werden kann. Kaufen doch heute die Andenstaaten der Schweiz jährlich für etwa 100 Millionen Schweizerfranken Waren ab.

Die Nachkriegszeit brachte auch den Andenstaaten, wie übrigens den meisten Rohstoffproduzenten,

wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Die Kriegskonjunktur hatte sie außerordentlich begünstigt, besonders da sie weit weg von den Kriegsschauplätzen waren. Sie ließen sich dadurch zu übereilten wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen verleiten, denen die Produktions- und Finanzkraft nicht immer gewachsen war. Besonders auf sozialem Gebiete leisteten sie sich kostspielige Neuerungen. In Peru zum Beispiel hat jeder Angestellte das Anrecht auf einen ganzen Monat Ferien jährlich, wobei ihm der Arbeitgeber noch pro Dienstjahr einen Monatslohn vergüten, ihm eine Lebensversicherungspolice kaufen und einen Teil seiner Kranken-, Alters- und Hinterlassenen-Versicherungsprämien bezahlen muß, wozu letzthin nun noch eine jährliche Beteiligung am Reingewinne kam. Ähnliche oder noch weitgehendere Begünstigungen des Arbeitnehmers bestehen in Bolivien, Chile und in Columbien. Diese Soziallasten, unüberlegte Investitionen und defizitäre Staatshaushalte brachten die Finanzen der Andenstaaten aus dem Gleichgewicht, mit dem Resultat einer Inflation auf der ganzen Linie. Der freie Dollarkurs bröckelte stetig ab, worauf Devisen-, Einfuhr-, Ausfuhr- und Preiskontrollen einsetzten, welche die Lage nicht nur nicht besserten, sondern verschlimmerten und die schwarzen Märkte schufen. Dazu kamen in letzter Zeit noch Preisstürze der Metalle, wie Kupfer und Zinn, welche hauptsächlich die wirtschaftliche Lage in Peru, Bolivien und Peru belasten.

In dieser schwierigen Lage blickten die Andenstaaten nach den Vereinigten Staaten und baten um Hilfe. Punkt vier des Programms, das Präsident Trumann anlässlich seiner Antrittsrede betreffs der rückständigen Wirtschaftszonen entwickelte, schien auch für Südamerika Hilfe zu bringen. Diese Hilfe kommt aber nicht so schnell, wie allzu optimistisch erwartet wurde. Vorderhand ist bei dringlichen Fällen die Import- und Exportbank in Washington eingesprungen. So erhielten Chile, Bolivien und auch Ecuador Kredite, die aber ein oder zwei Dutzend Millionen Dollars nicht übersteigen. Dagegen treffen aber in den Andenstaaten nun Expertenkommissionen ein, die entweder von der USA-Regierung, der Weltbank oder auch der Uno zur Verfügung gestellt werden. Im großen ganzen harrt dieser Kommissionen in allen Ländern die gleiche Aufgabe: sie müssen den Regierungen klar machen, daß sie über ihre Verhältnisse leben, deshalb in erster Linie ihre Ausgaben einschränken und mit den Einnahmen ins Gleichgewicht bringen müssen und ferner das Heil des Landes nicht in einer Knebelung, sondern einer

Befreiung der Wirtschaft von Staatskontrollen

suchen sollen. Es sind dies ja die gleichen Empfehlungen, die auch den europäischen Staaten, welche die Marshallhilfe genießen, erteilt worden sind.

Es ist nun äußerst interessant, berichten zu können, daß einer dieser Staaten, Peru, wo zur Zeit eine nordamerikanische wirtschaftliche Expertenkommission weilte, diesen Ratschlägen bereits zu einem großen Teil nachgekommen ist. Letzten November gab die peruanische Regierung die Ausfuhr frei, ermächtigte die Exporteure, über die ihnen zufließenden Devisen praktisch unbeschränkt zu verfügen, verzichtete auf einen Zwangskurs des Dollars und hob die meisten Preiskontrollen auf. Ein Teil der Einfuhr ist bereits vollständig frei, während die Einfuhr von einer Serie von sogenannten «non-essential»-Waren allerdings noch gesperrt ist. Diese Sperre soll aber in nächster Zeit nach und nach gelockert werden. Diese Maßnahmen der peruanischen Regierung wirkten direkt sensationell, nicht nur in Amerika, sondern auch in Europa. Es war ein kühner Schritt, dem die schwärzesten Prophezeiungen zuteil wurden, wie übermäßige Verteuerung des Lebens und Sturz der peruanischen Münzeinheit. Das Gegenteil ist eingetroffen. Nach einigen kurzen Schwankungen tendieren die Preise nach unten und der Dollarkurs senkte sich um ca. 25 %. Wenn nun die peruanische Regierung ihren Finanzhaushalt im Gleichgewicht halten kann, wie sie es jetzt schon ein ganzes Jahr getan, wird die peruanische Wirtschaft so einem raschen Genesungsprozeß entgegengehen.

Pikant ist es nun, zu erwähnen, daß gerade Peru, das unter einer militärischen Diktatur steht, der Wirtschaft die Handlungsfreiheit zurückgab, während Chile und Bolivien mit ihren verfassungsrechtlichen Regierungen und Parlamenten auf die größten Schwierigkeiten, meistens politischer Natur, stoßen, um den gleichen Weg zu gehen, der sicher auch ihr Heil bedeuten würde.

Zum Schluß möchte ich noch einmal unterstreichen, daß trotz politischer Wirren und wirtschaftlichen Schwierigkeiten

die Andenstaaten für die Schweiz immer wichtiger

werden. Es sind dies junge Länder mit einfacher, aber äußerst kräftiger wirtschaftlicher Struktur. Bei Störungen ihres Gleichgewichtes geraten sie leicht sowohl in wirtschaftliches wie politisches Fieber, — Fieber, die aber meistens ebenso rasch vorbeigehen wie sie kommen und aus welchen die Länder gestärkt wieder einer neuen Entwicklungsstufe entgegengehen.

Londoner Brief

Das große Rätselraten über den

Tag der Neuwahlen

ist zu Ende: der Premierminister hat der Wählerschaft in loyaler Weise mitgeteilt, daß er dem König den Rat gegeben hat, das bestehende Parlament am 3. Februar aufzulösen und die Neuwahlen auf Donnerstag, den 23. Februar, anzuberaumen. An sich läuft die gesetzliche Lebensdauer des Parlaments erst im Juli ab, und die Wahlen hätten daher bis zum Sommer Zeit gehabt. Was hat Mr. Attlee veranlaßt, sie statt dessen schon in dem Monat abzuhalten, in dem sie für Kandidaten und Wähler voraussichtlich sehr viel unbequemer sein werden? Man tritt ihm schwerlich zu nahe, wenn man annimmt, er habe sich dabei von parteipolitischen Erwägungen bestimmen lassen. Im April muß das Budget für das Staatsjahr 1950—51 vorgelegt werden. Wenn die Regierung für die Wahlen einen Zeitpunkt vor dem Budget-Tag wählt, so liegt der Schluß nahe, daß der Schatzkanzler Sir Stafford Cripps nicht die Hoffnung hat, ein Budget vorlegen zu können, das die Volkstümlichkeit seiner Regierung zu steigern vermag. Schon bei seinem letzten Budget hat er die Erfahrung gemacht, daß es einen großen Teil seiner Parteifreunde enttäuschte und beunruhigte.

Welchen Einfluß dieser Umstand auf den Ausgang der Wahlen haben wird, ist natürlich heute noch nicht vorauszusagen. Überhaupt wird man schwerlich einen gewissenhaften Menschen, gleichviel welcher Partei, finden, der sich heute schon zu prophezeien getraut, wer als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgehen wird. Die Labour-Partei kann mit Stolz darauf hinweisen, daß sie von den 34 Sitzen, die sie seit ihrem Sieg von 1945 in Nachwahlen zu verteidigen hatte, nicht einen einzigen verloren hat. Das ist in der Tat ein ganz außergewöhnliches Ergebnis. Auch bei der jüngsten Nachwahl im Dezember in der Industriestadt Bradford siegten die Sozialisten, wenn auch mit einer um die Hälfte verringerten Mehrheit. Auf der anderen Seite berechnet ein unparteiischer Statistiker, daß die Konservativen in den Neuwahlen der Jahre 1947—49 ihre Stimmen durchschnittlich um 6 bis 7 Prozent vermehrt haben. Aber hieraus einigermaßen sichere Schlüsse zu ziehen, ist um so schwieriger, als seit der letzten Wahl eine weitgehende Neueinteilung der Wahlkreise stattgefunden hat. Von den 542 Wahlkreisen von England und Wales sind nur 62 unverändert geblieben. Welche Partei von dieser Änderung den größeren Nutzen ziehen wird, ist schwer zu sagen. Hingegen ist eine unzweifelhafte und beabsichtigte Begünstigung der Labourpartei die Abschaffung der zwölf Universitätsitze; denn von diesen hat sie keinen einzigen innegehabt. Die Konservativen haben sofort erklärt, daß sie den Universitäten ihre parlamentarische Vertretung wiedergeben werden, falls sie als Sieger aus der Wahl hervorgehen. Sie halten sich dazu um so mehr für berechtigt, als die überparteiliche «Speakers»-Konferenz, die vor 1945 über diese Fragen beriet, zu dem Beschluß gekommen war, nicht an den Universitätsitzen zu rütteln.

Man kann also schwerlich weiter gehen als zu sagen, daß am 23. Februar darüber entschieden werden wird, ob der künftige Premierminister

Clement Attlee oder Winston Churchill

heißen wird. Wenn man so die beiden Namen nebeneinander stellt, so scheint es kaum zweifelhaft zu sein, welcher die größere Anziehungskraft ausüben müßte. Mr. Attlee ist nicht mehr als eine anständige Mittelmäßigkeit; er gehört, staatsmännisch gemessen, in eine Reihe mit den Baldwin und Neville Chamberlain, den konservativen Premiers, die für die englische Politik in den meisten Jahren der

Zwischenkriegszeit die — keineswegs beneidenswerte — Verantwortung trugen. Churchill hingegen ist ein Staatsmann, dem auch seine parteipolitischen Gegner nicht absprechen, daß die Weltgeschichte ihn stets zu ihren Großen rechnen wird, und dessen Reden sich kein Unterhausmitglied entgehen läßt, gleichviel auf welcher Bank es sitzt. Und doch läßt sich nicht leugnen, daß auch manchem Engländer, der die jetzige Regierung keineswegs liebt, der Gedanke, diesen großen Mann wieder an der Spitze der Regierung zu sehen, nicht sehr sympathisch ist. Man hört Wendungen wie: «er solle lieber sein Buch zu Ende schreiben». Oder Hinweise auf seine 75 Jahre, die ihn für diese Riesenaufgabe zu alt erscheinen ließen. Nun, Palmerston und Gladstone waren noch älter, als sie zum letzten Male Premierminister wurden, und daß Churchills Kräfte schneller nachgelassen hätten als die jener Vorgänger, wird niemand behaupten, der seine fast märchenhafte Aktivität in den letzten Jahren verfolgt hat. Man wendet gegen ihn ein, seine Persönlichkeit passe mehr für die Arbeit des Krieges als die des Friedens, kann aber doch nicht leugnen, daß die großen und fruchtbarsten Ideen der Nachkriegszeit von ihm, und allein von ihm, ausgegangen sind. Was sich in all' diesen Einwendungen ausdrückt, dürfte aber in Wahrheit das Empfinden sein, daß Churchill durch und durch eine Kämpfernote ist, und eine solche ist dem Ruhebedürfnis zahlreicher Briten heute nicht behaglich. Viel wird jedenfalls davon abhängen, ob Churchill, der auf die Kunde von der bevorstehenden Wahl sofort seine Ferien abgebrochen hat, im Wahlkampf diesmal den richtigen Ton finden wird.

Aber das persönliche Element spielt wohl überhaupt nicht mehr die gleiche Rolle wie in früheren Jahrzehnten. Die Zeiten haben sich sehr geändert seit der Wahl von 1880, wo jeder Wähler das Gefühl hatte, zwischen Gladstone und Disraeli zu entscheiden.

Wir in England leben im Zeitalter des sozialen Wohlfahrtsstaates,

und da ist jeder Wähler nur allzu sehr geneigt, seine Entscheidung von der Überlegung abhängig zu machen, welche Vorteile er persönlich vom Staat erhofft und welche Partei ihm diese Vorteile am besten zu garantieren scheint. Der Health-Service, die freie Versorgung mit Arzt und Medizin, mit Brillen und Gebissen wird der sozialistischen Regierung, die das Gesetz gemacht hat, ins Kredit geschrieben, obwohl der ursprüngliche Plan noch von der Koalitionsregierung Churchill stammt. Allerdings belastet dieser Dienst die Staatsfinanzen jährlich mit über 200 Millionen Pfund, etwa einem Drittel mehr als ursprünglich veranschlagt war. Die staatlichen Zuschüsse zu den Lebensmitteln nähern sich der Grenze von 500 Millionen Pfund. Alles das — sowie das Defizit der nationalisierten Staatsbetriebe — hat der Steuerzahler aufzubringen. Aber der britische Einkommen-Steuertarif ist so eingerichtet, daß die volle Steuer von 9 Shilling auf das Pfund fast ausschließlich die bürgerlichen Einkommen trifft. So werden sehr viele Wähler, wenn sie diese Rechnung für sich aufmachen, zu dem Ergebnis kommen, daß sie bei dem bestehenden System für ihre Person gut abschneiden, und deshalb für diejenige Partei stimmen, die ihnen die größere Sicherheit dafür zu bieten scheint, daß an diesen Zuwendungen nicht gerüttelt wird.

Die weiteren Konsequenzen einer solchen Finanz- und Wirtschaftspolitik sind zu kompliziert, als daß sie die große Mehrheit der Wähler unmittelbar bestimmen dürften. Eine Ausnahme macht nur das Problem, das in aller Munde ist, die «Dollarlücke» und die damit eng zusammenhängende Abwertung des Pfundes. Sir Stafford Cripps hat in den letzten Wochen triumphierend darauf hingewiesen, daß

die Dollarlücke

sich in den drei Monaten seit der Abwertung beträchtlich verkleinert hat und daß die Preise der Verbrauchsgüter seitdem nur unbedeutend gestiegen sind. Beides

ist richtig, aber beides beweist auf die Dauer sehr wenig. Die Aus- und Einfuhr-Zahlen der letzten Monate sind in mehr oder minder hohem Maße von vorübergehenden Faktoren bestimmt, die nicht wiederkehren, und selbst die festgestellte Besserung der Handelsbilanz ist immer noch völlig unzureichend, um die Lücke in dem Zeitpunkt zu schließen, in dem die Marshallhilfe wegfallen wird. Die Auswirkung der Pfundabwertung auf die Preise braucht sicherlich mehr als drei Monate, um die Preise des Einzelhandels zu erreichen. Vielleicht war dies ein Grund mehr, nicht länger mit den Wahlen zu warten, und die Äußerungen des Schatzkanzlers sind, wenigstens zum Teil, als Wahlpropaganda zu bewerten. Ernst war es ihm gewiß mit dem Versuch, ein weiteres Anziehen der Lohnschraube zu verhindern, das unfehlbar inflationistische Wirkungen haben müßte. Es spricht nicht nur für die enge Verbindung der Gewerkschaften mit der Labourpartei, sondern auch für das Verantwortungsgefühl vieler der prominentesten britischen Gewerkschaftsführer, daß sie den Versuch gemacht haben, von ihrer Spitzenorganisation, dem T. U. C. aus, der

Lohnbewegung

einen Riegel vorzuschieben. Es ist ihnen auch am 12. Januar in der großen Versammlung der Gewerkschaftsdelegierten gelungen, eine Mehrheit für ihren Vorschlag zu erzielen. Aber wie klein ist diese Mehrheit und wie bedeutend sind die Verbände, die dagegen stimmten! Das wichtigste ist aber, daß die einzige Gewerkschaft, die ihre Mitglieder zu einer Urabstimmung aufrief, die der Bergarbeiter, die Ablehnung durch eine Dreiviertelmehrheit feststellen mußte; hier handelt es sich noch dazu um eine Industrie, die verstaatlicht ist und bei der man gewiß nicht von Profiten sprechen kann, aus denen eine Lohnerhöhung bestritten werden könnte. Bezeichnend ist auch, daß in der Delegiertenversammlung der Versuch gemacht wurde, die Entscheidung bis nach der Parlamentswahl zu vertagen, was doch nur bedeuten kann, daß die Gewerkschaften sich fürderhin keinen Zwang antun sollen, falls die Labourregierung durch die Wählerschaft gestürzt werden sollte. Unter diesen Umständen ist es wohl begreiflich, daß dem Beschluß der T. U. C.-Versammlung keine praktische Bedeutung beigemessen wird.

Schwer vorauszusagen ist auch, welchen Einfluß auf die Entscheidung der Wähler die

Auseinandersetzung über die Sozialisierung

haben wird, die im Wahlkampf eine große Rolle spielen dürfte. Daß die Sozialisierungsexperimente bisher wenig erfreuliche Früchte getragen haben, ist kaum zu bestreiten. Setzen doch z. B. die Eisenbahnen jede Woche eine halbe Million Pfund zu, und niemand weiß, wie dem abgeholfen werden kann. Trotzdem hat die Regierung das Gesetz über die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie durchgedrückt, und es wird trotz aller wirtschaftlichen Bedenken in Kraft treten, falls sie am Ruder bleibt. Nichts ist natürlicher, als daß die Industrien, die von dem weiteren Sozialisierungsprogramm sich in ihrer Existenz bedroht sehen, sich dagegen zur Wehr setzen. Es macht keinen erhebenden Eindruck, daß die Regierung diesen Widerstand durch eine künstliche Auslegung des Gesetzes über die Wahlkosten zu unterbinden sucht.

Ein besonders interessanter Faktor der Unsicherheit ist

der liberale Wähler.

Der Liberalismus ist in England nicht tot, obwohl er nur zehn Abgeordnete in dem letzten Parlament aufzuweisen hatte. Bei der Wahl von 1945 sind immerhin über zwei Millionen liberale Stimmen abgegeben worden, und es wären zweifellos noch beträchtlich mehr gewesen, wenn nicht viele Liberale angesichts der Aussichts-

losigkeit, ihren Mann im ersten und einzigen Wahlgang durchzubringen, ihre Stimme derjenigen Partei gegeben hätten, die sie für das kleinere Übel ansehen. Natürlich glaubt kein Mensch, daß es den Liberalen unter irgendwelchen Umständen möglich wäre, so viele Abgeordnete durchzubringen, daß sie die Regierung stellen könnten. Das höchste Ziel ihres politischen Ehrgeizes könnte sein, in einem Parlament, in dem die beiden großen Parteien sich einigermaßen das Gleichgewicht halten, das Zünglein an der Waage zu bilden. Ob das für sie eine glückliche Position wäre und ob es zu ihrer Volkstümlichkeit beitragen würde, mag zweifelhaft sein. Die Erfahrungen, die sie 1924 gemacht hat, als Asquith das sozialistische Minderheitskabinett MacDonald in den Sattel hob, spricht entschieden dagegen. Gleichwohl geht die Partei auf dieses Ziel los, indem sie nicht weniger als 400 Kandidaten für diese Wahl aufstellt. Dabei haben die Nachwahlen unwiderleglich gezeigt, daß nur noch ein geringer Bruchteil der liberalen Wähler liberal stimmt; die Mehrzahl fürchtet, dadurch die Wahl derjenigen Kandidaten zu ermöglichen, den sie am stärksten ablehnt, d. h. in der Regel des Sozialisten. Von diesen Wählern wird es auch diesmal in vielen Kreisen abhängen, ob der Sozialist durch eine Zersplitterung der nichtsozialistischen Stimmen siegt. Eine Verständigung zwischen der konservativen und der liberalen Partei scheint deshalb das Gebot der Stunde zu sein, aber die liberale Parteileitung lehnt sie trotz aller Bemühungen von Lord Woolton, des konservativen Organisationsleiters, ab — im Gegensatz zu einigen Wahlkreisorganisationen, die zu einer Abmachung gekommen sind. Für die liberale Partei steht freilich mehr auf dem Spiel als nur der Ausgang dieser Wahl. Es kann sich um ihre ganze Weiterexistenz handeln. Diese hängt aber, da sie für abschbare Zeit eine Minderheitspartei sein wird, davon ab, daß das jetzige auf das Zweiparteiensystem zugeschnittene Wahlrecht durch die Einführung eines zweiten Wahlganges reformiert wird. Es müßte möglich sein, das zur Grundlage eines Wahlabkommens zu machen, indem die konservative Partei der liberalen verspricht, für eine solche Reform zu stimmen, falls sie aus der Neuwahl als Sieger hervorgeht. Die liberale Partei hat so viel in der englischen Geschichte bedeutet, daß auch ihre Gegner es als einen nationalen Verlust beklagen müßten, falls sie aus dem politischen Leben verschwände.

Ignotus

Brief aus Italien

Die rechtssozialistische Partei Saragats löste im Spätherbst durch eine ihrer chronischen Spaltungskrisen

die «crisetta»,

d. h. eine schleichende Ministerkrise aus, die nun zur Neubildung der Regierung geführt hat. Bekanntlich suspendierten sich damals «*motu proprio*» Saragat und seine beiden Parteigenossen Lombardo und Tremelloni von der Ministertätigkeit, um ihrer Partei vollständig freie Hand zu lassen hinsichtlich der weiteren Teilnahme an der Regierungskoalition. Sie boykottierten aber den von den Zentrumssozialisten Romita und Silone auf Anfang Dezember nach Florenz einberufenen Unifikationskongreß, der in der Folge zur Gründung einer dritten sozialistischen Partei in Italien führte, die sich «*Partito Socialista Unitario (P.S.U.)*» nennt. So weit sich bis heute absehen läßt, handelt es sich um ein Gebilde mit einem Riesenkopf und einem Zwergengleich; ein mißgebürtiges Gebilde aber zwischen der kryptokommunistischen Richtung Nemis und der auf der Realität fußenden Partei Saragats, die für Atlantikpakt, Marshallhilfe, O.E.C.E. und Europarat entsteht, scheint kaum lebensfähig zu sein.

Um so erstaunlicher ist es, daß die Sympathien der Comisco im allgemeinen und der englischen Labour Party im besondern dem P.S.U. zu gehören scheinen.

Man gewinnt den Eindruck, daß De Gasperi im Grunde über die «crisetta» ganz froh war, gab sie ihm doch Gelegenheit, seinerseits die Situation im Rahmen der «Democrazia Cristiana» zu klären und die Bedingungen für die Weiterführung der Koalition zu stellen. Er ist ja in der glücklichen Lage, mit seiner Partei, welche im Parlament und im Senat über die absolute Mehrheit verfügt, allein zu regieren, wenn er sich mit den Regierungspartnern nicht einigen kann, doch wünscht er diese «monocolore» Variante wenn immer möglich zu vermeiden, um so mehr als in seinem eigenen Parteilager der rechte und der linke Flügel sich oft recht frontistisch aufführen. Angesichts der großen Aufgaben, welche die Regierung im laufenden Jahr zu lösen hat, war eine Neugestaltung oder auch nur eine Neuinvestitur eine dringende Notwendigkeit geworden, denn jede Koalition zeigt auf die Dauer Risse und Sprünge, die nicht verkleistert werden können.

Das Heilige Jahr dürfte auch ein Jahr großer Reformen werden. Die bekannteste ist

die Agrarreform,

die bis zu ihrer Verwirklichung noch viel Kopfzerbrechen verursachen wird. Die Umwandlung von extensiv bebauten Latifundien in intensiv betriebene Bauerngüter wird ein Werk von Jahrzehnten sein, denn nicht nur sind dafür Milliardenbeträge nötig, die der Staat nur sukzessive freimachen kann, sondern es sind psychologische Widerstände auf Seiten der Großgrundbesitzer und der zukünftigen Bauern zu überwinden, worüber sich der Außenstehende nicht leicht ein Bild machen kann. Eine in Jahrhunderten entstandene Sklavenmentalität ohne Verantwortungsgefühl kann nicht über Nacht in risikofreudigen Unternehmmergeist umgekrempelt werden. Als Mussolini den Agro Pontino bonifizierte, bevölkerte er ihn mehrheitlich mit norditalienischen Bauern; wäre dies heute auch in Calabrien möglich, wäre das Problem um vieles einfacher.

Andere große Probleme harren ihrer Lösung, wie die weitere Reduktion der immer noch mehr als anderthalb Millionen betragenden *Arbeitslosenzahl*, die *Vermehrung des Eisenbahnnetzes* um weitere 25 000 km, der *Bau von Kraftwerken*, um den chronischen Elektrizitätsmangel zu beheben, die *Errichtung* von tausenden von *Arbeiterhäusern* unter dem Fanfaniplan und — last, but not least — die Inangriffnahme der *Steuerreform*, die Italien endlich ein modernes Steuersystem auf Selbsttaxationsbasis bringen soll.

Trotz der Spaltung im sozialistischen Lager scheint die allgemeine parteipolitische Lage ziemlich stabil geblieben zu sein. Wenn die Konsolidierung eine gewisse Schwächung der linksextremistischen Gruppen gebracht hat, so hat diesen andererseits der kommunistische Erfolg in China Wasser auf die Mühlen geleitet. Dem kommunistisch beherrschten Gewerkschaftsbund («Confederazione Generale Italiana del Lavoro») sind zwei gemäßigte Konkurrenten in der L.C.G.I.L. und der F.I.L. erwachsen, die sich in letzter Zeit regelmäßig gegen die politischen Streiksparen auflehnen, und nur beim letzten Staatsangestelltenstreik ins gleiche Horn bliesen. Die da und dort immer wieder vorkommenden blutigen Auseinandersetzungen zwischen den die Staatsgewalt verkörpernden Carabinieri und den Land- und Fabrikbesetzungen durchführenden Bauern und Arbeitern können doch das Bild einer graduell vor sich gehenden Beruhigung nicht verfälschen, woran selbst das immer noch unbezwungene Banditenunwesen in Sizilien nichts ändert. Wenn einmal in Süditalien durch durchgreifende Landreformen der Anti-Rom-Komplex überwunden sein wird, dürfte Giulianos Rolle bald ausgespielt sein. Was ihn bisher vor einer Gefangennahme schützte, sind nicht seine Rinaldo-Rinaldini-Gesten, sondern die Verbundenheit des sizilianischen Volkes mit seinem «Heros», der sich gegen die zentralistische Staatsgewalt auflehnt. Solche

Anti-Rom-Komplexe

existieren nicht nur in den Regionen der Peripherie; sie dürften auch in den innern Gebieten sehr deutlich zum Vorschein kommen, wenn einmal die regionale Gliederung zur Tatsache geworden ist. Nicht vergebens stößt deren Verwirklichung deshalb in patriotischen Kreisen auf erbitternden Widerstand.

Ein ruhigeres Bild bietet die *Außenpolitik*. Die Neuinvestitur der Regierung fällt zeitlich mit den Verhandlungen zur Übernahme der

Treuhandschaft über Somaliland

zusammen. Daß der Negus mit dem Wiedererscheinen der Italiener in Afrika, und sei es auch nur in der Form von Treuhändern, nicht sympathisiert, liegt auf der Hand. Ob es ihm gelingen wird, Italien von Erythräa fernzuhalten, ist eine andere Frage. Die Terrortaktik, die seine Agenten dort gegen italienische Kolonisten anwenden, dürfte kaum zum gewünschten Erfolg führen, dafür freilich das englisch-italienische Verhältnis, das sich seit einigen Wochen eher verbessert hat, einer neuen Belastung aussetzen.

Das bis jetzt erreichte Resultat in der Kolonialfrage ist allzu bescheiden, als daß die «Rückkehr nach Afrika» im italienischen Volk eine sichtbare Befriedigung auslösen könnte. Dazu kommt nun noch eine nicht unbeträchtliche finanzielle Mehrbelastung, während der materielle Nutzen auf abzehbare Zeit sehr gering sein wird. Ob Außenminister Graf Sforza nach dieser Enttäuschung noch weiter im Amte bleiben wird, wird die Zukunft lehren. Er hat auch in der «Democrazia Cristiana» viele Gegner.

Nachdem nun Italien als afrikanische Kolonialmacht ausgespielt hat, dürfte dadurch auch sein

Verhältnis zu Frankreich

tangiert werden, im Sinne einer weitem Abkühlung der Beziehungen. Die französisch-italienische Zollunion kommt ja vor allem wegen der Widerstände in Frankreich nicht vom Fleck, und die Chancen der «Fritalux» stehen kaum besser. Bessere Zukunftsaussichten hat der deutsch-italienische Warenaustausch, der langsam, aber stetig sich den bedeutenden Vorkriegsumsätzen nähert. Deutschland und Italien sind ja in wirtschaftlicher Hinsicht stark komplementär. Die während und nach dem Kriege bestandene Spannung zwischen den ehemaligen Achsenpartnern hat sich weitgehend verflüchtigt, so daß der angekündigte

Besuch Bundeskanzler Adenauers in Rom

ein gutes Echo fand. Jede Initiative zum europäischen Schulterschuß, heiße sie nun O.E.C.E., Europarat, Atlantikpakt, Liberalisierung des Handels, stößt überall auf großes Verständnis und Sympathie in Italien, weil man überzeugt ist, daß man nur mit vereinten Kräften aus dem politischen und wirtschaftlichen Schlamassel herauskommt. Man fühlt sich als integrierender Bestandteil des zu neuem Leben erwachenden Kontinentes und ist sichtbar stolz darauf.

Die Wirtschaftslage

hat sich im letzten Quartal weiter gefestigt, wenn auch die Fortschritte bescheideneren Ausmaßes sind als vor einem Jahr. Die Einsichtigen verhehlen sich nicht, daß in erster Linie der Marshallplan an der Lageverbesserung schuld ist, doch macht Italien selber bedeutende Eigenanstrengungen. Einige wenige Zahlen mögen die Lage beleuchten: der Import hat sich gegenüber den ersten neun Monaten des letzten Jahres um 6 %, der Export gar um 15 % gehoben. Die diesjährigen Ziffern erreichen in den ersten drei Quartalen 5 Milliarden Schweizerfranken auf der Einfuhr- und 3,5 Milliarden Franken auf der Ausfuhrseite. Die Industrietätigkeit steht

fast 8 % über dem Vorjahresniveau, und hat damit beinahe den Vorkriegsstand erreicht, was sich auch vom allgemeinen Volkseinkommen sagen läßt. Die *Bautätigkeit* läuft überall auf hohen Touren. Die *Automobildichte* nimmt sprunghaft zu. Die *Liberalisierung* des intereuropäischen Handels schafft zusätzliche Arbeitsgelegenheiten, die vor wenigen Monaten noch in weiter Ferne standen.

Eine Sonderkonjunktur macht im Heiligen Jahr natürlich der *Tourismus* durch. Schon letztes Jahr besuchten annähernd 4 Millionen fremde Touristen Italien (darunter 600 000 Schweizer!), und im laufenden Jahr dürften nach aller Voraussicht diese Zahlen noch weit übertroffen werden. Die *Staatsbahnen* haben riesige Anstrengungen gemacht, um dem Andrang gewachsen zu sein. Auch die *Passagier- und Handelsmarine*, die bereits wieder 2,6 Millionen Tonnen Schiffsraum hat (Vorkrieg 3,4 Millionen), eröffnet fast jeden Monat neue Linien nach allen fünf Kontinenten.

Trotz diesen günstigen Faktoren können

die Staatsfinanzen

noch nicht ins Gleichgewicht gebracht werden. Bei 1320 Milliarden Ausgaben und 1050 Milliarden Einnahmen sieht auch das kommende Finanzjahr ein Defizit von 270 Milliarden Lire vor. Interessanterweise hatte in den letzten Monaten die durch die chronischen Budgetdefizite angeschwellte Staatsschuld keine großen Rückwirkungen auf den *Banknotenumlauf*, der seit Monaten um die 950 Milliarden Lire Grenze herumliegt. Ebenso stabil ist die allgemeine *Preislage*. Trotz sechszprozentiger Währungsabwertung im September zeigen sowohl der *Großhandels-* als der *Kleinhandelsindex* fallende Tendenz. Die Lira behauptet sich auf den freien Geldmärkten sehr gut, hat sie doch gegenüber dem Dollar seit der Abwertung ihren Wert um 2 % vermehrt. Weniger erfreulich ist die allgemeine *Börsenlage*, wo die Durchschnittsaktienkurse immer noch unter dem fünfzehnfachen Vorkriegswert liegen, bei durchschnittlich fünfzigfacher Verteuerung der Lebenskosten.

Das letzte Vierteljahr hat zweifellos die allgemeine Lage konsolidiert; eine dauerhafte Genesung Italiens wird aber nur im Rahmen einer allgemein-europäischen Entspannung und wirtschaftlichen Zusammenarbeit großen Ausmaßes möglich sein. Wenn das Grundproblem dieses Landes — die Lösung der Arbeitslosenfrage durch massive Emigration und großzügige Eingliederung in den Arbeitsprozeß — in absehbarer Zeit verwirklicht werden kann, so werden die beständigen Agitationen und blutigen Zwischenfälle (Modena u. a. m.) automatisch zurückgehen. Liefert nicht gerade die Schweiz den Beweis der weitgehenden Synonymität von gutbezahlter Vollbeschäftigung und Arbeitsfrieden? Je rascher und gründlicher die verantwortlichen Staatsmänner Amerikas und Westeuropas sich von dieser Interdependenz überzeugen und die nötigen Konsequenzen daraus ziehen, desto rascher wird unser südliches Nachbarvolk seinen Gesundungsprozeß abschließen können, der im dringendsten Eigeninteresse unseres Kontinentes liegt.

Peregrinus

Brief aus Österreich

Als der Vorsitzende des österreichischen Gewerkschaftsbundes, Johann Böhm, auf dem sozialistischen Parteikongreß im November davon sprach, daß die Periode der ruhigen Wirtschaftsentwicklung Österreichs vorbei zu sein scheine, da gab es in der Öffentlichkeit nur wenige Stimmen, die den Ernst dieser Warnung richtig verstanden. Aber schon die Ereignisse der folgenden Wochen zeigten deutlich eine wachsende Radikalisierung der Arbeiterschaft, die immer noch anhält und von der man nicht weiß, wo sie noch enden wird. Die Erbitterung der Arbeiter über die

schon vor der Abwertung des Schillings durchgeführten Preiserhöhungen führte zu mehrfachen Interventionen von Seiten des sehr gemäßigten Gewerkschaftsbundes, der seinen Verzicht auf die von den Kommunisten geforderten Lohnerhöhungen aussprach, anderseits aber eine Rückführung der Preise auf ihr altes Niveau forderte. Man hat — wie man sieht — in den Reihen der Arbeitnehmer erkannt, daß es wenig Sinn hat, jedes Jahr ein neues Lohn-Preisabkommen abzuschließen, wodurch diese beiden wichtigen Komponenten dauernd hin- und herschwanken. Aber die von den Gewerkschaften geforderte Überbrückungshilfe stieß leider bei vielen Unternehmern nicht auf das richtige Verständnis, so daß es im Dezember zu

ersten Ausschreitungen und Demonstrationen

kam. Interessanterweise nicht in Wien, sondern in der nichtrussischen Zone, insbesondere in der Steiermark. In Graz z. B. kam es zu Zwischenfällen, bei denen nicht nur alle Fensterscheiben der Geschäfte in der inneren Stadt, sondern auch die der fahrenden Straßenbahnen eingeschlagen wurden. Parkende Autos wurden umgestürzt und in Voitsberg sogar die Straßen blockiert und Züge angehalten, ohne daß die unter sozialistischer Leitung stehende Polizei durchgegriffen hätte. In Klagenfurt zwangen die in das Rathaus eingedrungenen Bauarbeiter die dort beratenden Unternehmer zur sofortigen Annahme der Überbrückungshilfe, während in Innsbruck die Polizei dies gerade noch verhindern konnte — nicht jedoch das Steinbombardement auf die Handelskammer.

Das war freilich nur das Vorspiel zu jener Entwicklung, vor der Böhm gewarnt hatte. Als knapp vor Weihnachten das Gewerkschaftspräsidium zusammentrat, mußte es feststellen, daß eine Preisreduktion bisher *nicht* erreicht werden konnte und daß man sich also mit der Angleichung der Löhne werde befassen müssen. Dies ist natürlich Wasser auf die Mühlen der Kommunisten, die übrigens die ganzen Demonstrationen organisiert hatten und die schon immer bedenkenlos Lohnerhöhungen gefordert haben. Auch die Einführung von Schnellgerichten zur Abstrafung von Preiswucherern wurde gefordert. Eine gewisse «Sonderjustiz» der Betriebsräte hat übrigens bereits in der Steiermark stattgefunden, wo man verschiedentlich Kaufleute zwingen wollte, ihre Geschäfte «freiwillig» zu schließen.

Diese Entwicklung zeigt deutlich, daß die sozialistische Partei stellenweise schon die Herrschaft über die von den Kommunisten radikalisierten Massen verloren hat, denn es ist an vielen Orten vorgekommen, daß die sozialistischen Gewerkschaftsfunktionäre, die zur Mäßigung aufriefen, niedergeschrien wurden. Auf der anderen Seite darf man die Folgen des in vielen Betrieben erfolgten Zusammenschlusses der sozialistischen und kommunistischen Betriebsräte nicht verkennen.

Der Terror gegen die Nichtmarxisten,

wie er jetzt rigoros in vielen Fabriken eingesetzt und zu zahlreichen Entlassungen aus politischen Gründen geführt hat, richtet sich zwar in erster Linie gegen den «Verband der Unabhängigen», der ja gerade in einigen westösterreichischen Großbetrieben bei den Wahlen die Mehrheit an sich bringen konnte, welches Ergebnis aber jedesmal von der bisherigen Linksmajorität als «ungültig» erklärt wurde. Nun haben sogar Abgeordnete der Volkspartei (die ja mit dem VdU auf schlechtem Fuß steht) diese Vorgänge, denen immer wieder Entlassungen nichtmarxistischer Arbeiter folgten, zum Anlaß einer Interpellation im Parlament gemacht und auch Staatssekretär Graf hat deutlich zu verstehen gegeben, daß man künftighin gegen Demonstrationen im Auftrag der Kominform mit allen gesetzlichen Mitteln vorgehen werde.

Der sozialistischen Parteiführung sind diese Ereignisse natürlich keineswegs angenehm, aber sie wird zweifellos ein Opfer ihrer Unentschlossenheit, eine wirk-

lich reformistische Linie einzuschlagen, obwohl ein Teil ihrer Führer eingesehen hat, daß man die marxistische Ideologie lieber den Kommunisten allein überlassen soll. So mag es wirklich gar nicht einmal aus der Luft gegriffen sein, wenn das sicherlich sehr gut informierte Vatikanorgan für die Zukunft die Wiederkehr einer rein bürgerlichen Regierung der Volkspartei und der Unabhängigen prophezeit. Dies wird um so schneller der Fall sein, je eher die Auseinandersetzungen in der sozialistischen Partei zu einer weiteren Spaltung führen werden.

Die Staatsvertragsverhandlungen,

die am 9. Januar wieder aufgenommen wurden, haben keine weiteren Fortschritte gebracht, nachdem man jetzt zuerst das Ergebnis der schon seit Ende Oktober laufenden direkten Verhandlungen zwischen Österreich und der Sowjetunion abwarten will. Es handelt sich dabei um die Bezahlung der seinerzeit von den Russen an Österreich übergebenen «Stalinspende». Es waren das Lieferungen von Getreide, Hülsenfrüchten und auch kleinerer Posten von Mehl, Fleisch, Öl und Zucker, die bei Kriegsende von der Roten Armee aus den österreichischen Lagerhäusern als «deutsches Eigentum» herausgeholt und anschließend der hungernden Stadt Wien übergeben wurden. Diese sollen jetzt in Dollar bezahlt werden. Österreich hat Gegenforderungen gestellt, doch geht es überhaupt nur um einen Betrag von 2 Millionen Dollar, über den also leicht eine Einigung erzielt werden könnte.

Viele Beobachter der russischen Haltung sind aber der Ansicht, daß die Sowjets Österreich nie verlassen wollen. Sollte wirklich eine Einigung über die letzten fünf Artikel des Staatsvertrages erzielt werden, so wird es einen anderen Vorwand geben, in Österreich zu verbleiben: den «Neofaschismus». Dies ist ein sehr weiter Begriff (wie man in den Ländern der Volksdemokratie gesehen hat), aber die Sowjets haben im Alliierten-Rat zu Wien schon angefangen, zwei Parteien der «Wiederaufrichtung des faschistischen Regimes» zu beschuldigen — womit sie natürlich versuchen wollen, unter dieser Phrase alle Gegner des Kommunismus in Österreich zu diffamieren und mundtot zu machen. Man hat nicht davor zurückgeschreckt, in Wien Hakenkreuze streuen zu lassen, in Wels ein Denkmal der politischen Häftlinge zu schänden und in Linz eine Untergrundbewegung zu organisieren: alles war aber — wie sich nachher herausstellte — eine bestellte Arbeit, die von den Kommunisten zu dem oben geschilderten Zweck ausgeführt wurde.

Ein Blick auf die Wirtschaftslage

zeigt, daß die Abwertung des Schillings sich noch keineswegs befriedigend ausgewirkt hat. Die besonders aus Deutschland erwarteten Touristen werden infolge der Sabotage bayrischer Fremdenverkehrskreise — in größeren Massen wenigstens — ausbleiben. In der Industrie erwartet man, daß viele Exporteure, die bisher nur dank relativ billiger Rohstoffimporte durch das ERP, hohe Belassungsquoten und Agiopremien konkurrenzfähig waren, nun ernste Schwierigkeiten zu gewärtigen haben. Das ERP — so stellt der letzte Monatsbericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes richtig fest — wirkte für die Beteiligten wie eine Subvention, die nun beträchtlich reduziert wird. Überhaupt wird sich Österreich jetzt ernstlich umsehen müssen, um endlich auf eigenen Beinen stehen zu können, denn schon ab 1. Juli d. J. wird die Marshallplanhilfe laufend herabgesetzt werden. Clyde King, der Chef der ECA-Mission in Wien, gab dafür das Rezept bekannt: Steigerung der Exporte nach den Dollarländern und zugleich Herabsetzung der Importe von dort.

Die erste Anleihe der zweiten Republik, die im Sommer aufgelegt wurde, hat nicht den erhofften Erfolg gebracht, denn es wurden nur 240 Millionen S netto gezeichnet, während man bis 400 Millionen S erwartet hatte. Wie sich zeigt, hat Wien zu neun Zehntel Anteil an der aufgebrachten Anleihesumme, während das

Land scheinbar wenig Vertrauen in die Finanzpolitik der Regierung hat — was allerdings nach den verschiedenen nicht gehaltenen Versprechungen des Staates kein Wunder ist. Der neue Finanzminister Dr. Margaretha wird es also schwer haben — aber die ersten Monate seiner Herrschaft zeigen dem ganzen Land, daß diesmal wirklich ein Fachmann neue Wege gehen will. Das ist auch einer der wenigen Lichtpunkte auf dem ziemlich düsteren Himmel der österreichischen Wirtschaft.

Militärische Umschau

Wo und wie sparen?

Der Sparbefehl der Bundesversammlung

Bei der Beratung des Militärbudgets für 1950 hat die Bundesversammlung den Bundesrat angewiesen, 20 Mio einzusparen. Sie hat aber keine Posten gestrichen oder reduziert, sondern lediglich den Betrag von 466,4 auf 446,4 Mio herabgesetzt. Das ist ein einfaches, aber kein verantwortungsfreudiges Verfahren. Es besteht ein Widerspruch zwischen der Ausgabenfreudigkeit des Parlaments vom März bis Oktober und dem plötzlichen Sparbefehl. Dem EMD sind 1949 neben dem ordentlichen Voranschlag von 397 Mio weitere 86,7 Mio an Kreditübertragungen und Nachtragskrediten zur Verfügung gestellt worden, davon 16,8 Mio in der gleichen Session, die den Abstrich von 20 Mio vornahm. Ebenso wurden allein am 24. März 1949 Ausgaben von 127,7 Mio für die Beschaffung von 100 Vampire-Düsenjägern und die Erstellung von Motorfahrzeughallen bewilligt. Warum haben die eidgenössischen Räte ihren Sparwillen nicht schon im März 1949 bekundet und nicht die kostspieligen Motorfahrzeughallen, die für Jahrzehnte errichtet werden, zugunsten einer behelfsmäßigen Unterbringung abgelehnt? Wenn man schon diese Millionen bewilligen wollte, wäre es im übrigen, bei Berücksichtigung der heutigen Weltlage, vorsichtiger gewesen, dieselben für kriegswichtige Posten zu verwenden. In Anbetracht der gegenwärtigen militärpolitischen Lage und der Unversehrtheit der übrigen starken Festungsanlagen im Südwestteil unseres Landes hätten analog die für den Wiederaufbau von Dailly bewilligten 20,3 Mio an anderen Orten eine zweckmäßigere Verwendung zur Stärkung unserer Kriegsbereitschaft finden sollen.

Die Ausführung des Sparbefehls

Der Bundesrat hat dem Sparbefehl unverzüglich Folge geleistet. Trotz schlechten Erfahrungen greift man wieder auf die Reserven an Bekleidung und Ausrüstung. Was man hier nimmt, wird nicht in vollem Umfange ersetzt. Dieses einfache Mittel läßt sich nicht oft wiederholen. Sonst sind die Reserven nach wenigen Jahren aufgezehrt, man lebt dann von der Hand in den Mund, und eine neue Kriegsmobilmachung trifft uns ohne Reserven. Wie läßt sich im übrigen dieser Griff auf die Reserven in Einklang bringen mit der gesetzlichen Pflicht der Militärorganisation, stets einen Jahresbedarf in Reserve zu halten? Auch auf die Munitionsreserven wird gegriffen und die Revision von Munition erheblich verlangsamt. Diese Revision war nach den Explosionskatastrophen von Dailly und Blausee-Mitholz aus Sicherheitsgründen beschleunigt worden; jetzt verzichtet man teilweise auf die Sicherheit und nimmt die Gefährdung wieder in Kauf. Die Anschaffung von Funkgeräten wird herabgesetzt und der Bau von Motorfahrzeughallen verzögert, so daß 1950 statt 7

nur 5 Mio aufgewendet werden. Formell hat der Bundesrat den Auftrag erfüllt und die Ausgaben um 20 Mio herabgesetzt, aber nicht durch effektive Einsparungen, sondern nur durch zeitliche Verschiebungen auf spätere Jahre. Wenn wir Pech haben, kommen uns diese Anschaffungen und Bauten später teurer zu stehen als dies jetzt der Fall wäre.

Die Sparkommission

Die kürzlich vom Bundesrat eingesetzte *Studienkommission* für Militärausgaben muß tatsächliche Einsparungen finden. Leider verzichtet der Bundesrat auf Vorschläge für das laufende Jahr. Es genügt ihm, vor der Aufstellung des Voranschlages 1951 Vorschläge zu erhalten. Die repräsentative Kommission umfaßt 23 Männer der Politik, der Armee, der Verwaltung und der Wirtschaft. Man vermißt aber Leute vom «Bau», die aus täglicher praktischer Erfahrung am besten Sparmöglichkeiten aufdecken könnten. Abgesehen von Ausbildungs- und Generalstabschefs gehört der Kommission kein einziger Instruktionsoffizier an. Die genannten Chiefs können in ihrer hohen Stellung kaum mehr einen Einblick in die Einzelheiten des täglichen Betriebes der Waffenplätze und der WK besitzen, wie ein erprobter Instruktionsoffizier. Man vermißt sodann den früheren Chef des Rationierungswesens, Muggli, der auch die Militärverwaltung in einer Art und Weise organisieren und rationalisieren könnte, die bedeutende Einsparungen erzielen würde.

Sparvorschläge

Wo lassen sich Einsparungen erzielen? Die Antwort lautet: *überall*. Ein Instruktionsoffizier behauptet, «daß der Sparsinn bei vielen verantwortlichen Stellen und bei manchen Kommandanten zu wenig ausgeprägt ist» und meint: «Wir werden gezwungen sein, in vielen Detailausgaben zurückhaltender zu sein. Damit wirklich gespart wird, muß vom EMD befohlen werden, auch wenn solche Sparbefehle vielerorts unpopulär sind und nicht verstanden werden. Viele Ausgaben werden unter dem Deckmantel ‚Ausbildung‘ und ‚Kriegsgegenstände‘ verbucht und dabei könnten auch mit weniger großen finanziellen Aufwendungen die gleichen Resultate erzielt werden».

Im einzelnen wird zunächst eine starke Hand für die Durchführung des Personalabbaues verlangt. Wenn vom EMD aus gefragt wird, wo Personal eingespart werden könnte, werden manche Dienststellen keine Möglichkeiten sehen. «Falls dagegen einfach befohlen wird, der Personalbestand müsse um 10 % reduziert werden, dann wird dieser Befehl ausgeführt. Die Arbeit wird genau gleich geleistet, vielleicht noch besser, weil man sich dann vielerorts ernsthaft überlegt, wie rationeller gearbeitet werden könnte». In diesem Zusammenhang sei an die Sparmöglichkeiten erinnert, die in einer *rationellen Organisation der Militärverwaltung* liegen, die aber nicht verwirklicht werden, solange jeder Abteilungschef die Wahrung seines Geltungsbereiches vor Augen hat. Wir verweisen auf die verschiedenen Doppelspurigkeiten im EMD. Trotz Vorhandensein einer Fachabteilung *Heeresmotorisierung* behält die Kriegstechnische Abteilung wichtige Befugnisse auf dem Gebiete der Motorisierung in ihrer Hand. Die Doppelspurigkeit auf dem Gebiete des *Flugwesens* zwischen der Fachabteilung für Flugwesen und der ihr unterstellten Flugplatzdirektion einerseits, der KTA andererseits, kommt den Bund teuer zu stehen. Die Ausbildung der *Fliegerabwehrtruppen* ist auf die Abteilungen für Infanterie, Artillerie und Flugwesen und Fliegerabwehr verteilt, die Ausbildung der *Übermittlungstruppen* auf alle fünf Abteilungen der kombattanten Truppengattungen. Eine Zentralisation der Ausbildung für Fliegerabwehr- und Übermittlungstruppen würde nicht nur eine rationellere Ausnützung von Instruktionpersonal und -Material und dadurch Einsparungen erlauben, sondern auch eine einheitliche Ausbildung in der ganzen Armee sicherstellen. Sodann sei an das Postulat erinnert, die verschiedenen

Stellen der Militärverwaltung auf einem Waffenplatz oder Korpssammelplatz in einer Dienststelle zusammenzufassen, was in bescheidenem Maße schon mit Erfolg geschehen ist ¹⁾).

Auf dem Gebiet der *Militärjustiz* sei an die Doppelspurigkeit zwischen Oberauditor und Direktion der Militärverwaltung erinnert. Eine weitere Doppelspurigkeit ergibt sich zwischen Militärjustiz und Justizdepartement. Wie die Feldpost als militärischer Dienstzweig der Armee von der PTT verwaltet wird, der Militäreisenbahndienst von der SBB, könnte auch die Militärjustiz vom eidgenössischen Justizdepartement betreut werden, unter Beschränkung der uniformierten Militärjustiz auf die spezifisch militärischen Delikte im Militärdienst.

Erhebliche Ersparnisse sind sodann möglich beim Gebrauch der *Motorfahrzeuge*. Ein Fachmann schreibt: «Es ist unglaublich, wie viele Kommandanten mit den Motorfahrzeugen umgehen und wie sie von motorisierten Einheiten Gewaltleistungen verlangen, die man in zivilen Betrieben nie durchführen würde». Als Beispiel wird der Einsatz einer Motorradfahrerkp. zum Scheibentransport erwähnt. «Der Weg auf einen Paß war saumbar, aber nicht richtig fahrbar, mit dem Ergebnis, daß nach Erfüllung des Transportauftrages 50% der Fahrzeuge repariert werden mußten». Ein Truppenkommandant schreibt: «Auch dem Unterhalt der Motorfahrzeuge sollte weit größere Sorgfalt geschenkt werden. Die Mannschaften müssen auch hier zu scharfer Aufmerksamkeit erzogen werden. Wenn auch die Leute für Fehler und Schäden nicht in gleicher Weise verantwortlich gemacht werden können wie im Zivilleben, so geht doch die Rücksichtnahme einzelner Truppenkommandanten gegenüber Leuten, die einen Schaden verursacht haben, zu weit». Eine Einschränkung des Motorfahrzeugeinsatzes würde am schnellsten durch Kontingentierung der Betriebsstoffe erreicht, wie dies im Aktivdienst nötig geworden war.

Für die Detail-WK ist die Dotation an *Pferdefuhrwerken* zu hoch, sobald Einrückungsort und Übungsgebiet nahe beieinander liegen. Abgesehen vom Dislokationsmarsch werden die Pferde zu wenig benötigt und müssen vielfach spazieren geführt werden. Motorfahrzeuge würden in solchen Fällen einen rationelleren Betrieb ermöglichen. Die Truppenkommandanten sollten angewiesen werden, für Detail-WK nicht die maximale Dotation an Pferden zu bestellen, sondern eine geringere Zahl, in Anpassung an Ausbildungsprogramm und Übungsgebiet. Gewiß handelt es sich hier um verhältnismäßig kleine Ersparnisse. Der aus der Truppe stammende Vorschlag zeigt aber, daß es möglich sein dürfte, bei einer systematischen Durchkämmung des Budgets weitere ähnliche Ersparnismöglichkeiten zu ermitteln.

Ein Instruktionsoffizier sagt uns, in Rekrutenschulen der Infanterie könnten 10–20 Prozent der *scharfen Munition* eingespart werden. «Die Munitionsdotation ist derart reichlich bemessen, daß in sehr vielen Schulen die Munition gar nicht verschossen werden kann. Für die WK dagegen darf die Munitionsdotation nicht herabgesetzt werden». In diesem Zusammenhang wird auch die Abgabe von Spezialmunition für außerdienstliche Anlässe kritisiert.

Auch die Unterhaltskosten für die *Festungen* sind im allgemeinen zu hoch. Hinsichtlich *Bunker* sollte sorgfältig geprüft werden, ob jährliche Unterhaltskosten und Nutzeffekt nicht in einem Mißverhältnis zueinander stehen. Wo dies der Fall ist, sollte man auf einen Unterhalt verzichten und sich damit begnügen, in Zeiten politischer Hochspannung die dringendsten Instandstellungsarbeiten vorzunehmen. Trotz unbestrittener taktischer Berechtigung sind viele Bunker für eine bereits veraltete Bewaffnung eingerichtet und jeder mögliche Gegner konnte längst ihren Standort genau ermitteln.

Der Grundsatz der *Beschränkung auf das Notwendige, unter Verzicht auf das lediglich Nützliche* ist ein Merkmal unseres Wehrwesens. Aber hin und wieder wird dies vergessen. Man zersplittert sich in alle möglichen Spezialitäten oder übersieht

¹⁾ Siehe Dezemberheft 1947, S. 591–593.

den durch die veränderten Verhältnisse bedingten Wechsel vom Notwendigen zum nur noch Nützlichen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Notwendigkeit oder bloße Nützlichkeit verschiedener Ausbildungskurse zu betrachten, die man nicht alle Jahre zu wiederholen braucht, umso mehr als die Kompetenzen des EMD dies erlauben. Im Jahre 1948 wurde ein Tarnkurs für Instruktoressen durchgeführt, in welchem nur gelehrt wurde, was die Instruktoressen in der Praxis schon seit Jahren durchführen. Zahlreiche von der Bundesversammlung für 1950 bewilligte Kurse für Hilfsdienstpflichtige sind zweifellos «nicht unentbehrlich» und hätten bei Anwendung eines strengeren Maßstabes gestrichen werden können.

Verschiedene Berichte von Instruktoressen- und Truppenoffizieren ergeben, daß überall in kleinen und kleinsten Dingen noch viel gespart werden kann. «Es fängt dies an mit der Verwendung von Büromaterial und endet mit dem Mißbrauch des Telefons!»

Das EMD ist auch mit einer Reihe sogenannter *ziviler Ausgaben* belastet. Die bundesrätliche Botschaft über die Bundesfinanzreform vom 22. Januar 1948 (Bundesblatt 1948, Bd. I, S. 372) nennt als solche:

Zivile Schutzmaßnahmen der Abteilung für Luftschutz und	
Betriebsfeuerwehren der Militäranstalten	0,4
Militärversicherung	16,7
Militärheilstätten	2,2
Landestopographie	3,0
Pulververwaltung	0,3
Delegierter und Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung	0,7
Total	23,3 Mio

Es sind dies «die Ausgaben des Militärdepartementes, bei denen ein unmittelbarer Zusammenhang mit der Armee nicht besteht und die deshalb nicht zum ‚Militärbudget‘ im eigentlichen Sinne gezählt werden dürfen». In einem Zeitpunkt, in dem das Militärbudget — und ungerechterweise vor allem dieses — streng unter die Lupe genommen wird, müssen diese «zivilen Ausgaben» und die entsprechenden Aufgaben vom EMD abgetrennt und in andere Departemente und deren Budgets eingereiht werden. Das ist beim Delegierten und der Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung bereits am 8. März 1948 geschehen. Ebenso leicht könnte eine entsprechende Umstellung bei der Militärversicherung erfolgen, die z. B. beim Amt für Sozialversicherung eher am Platze ist. Das neue *Militärversicherungsgesetz* überläßt dem Bundesrat den Entscheid, welchem Departement die Militärversicherung anzugliedern ist. Leider erfolgte im Organisationsbeschluß vom 27. Dezember 1949 die Unterstellung wiederum unter das EMD. Dieser Beschluß könnte aber abgeändert werden. Die notwendige Zusammenarbeit zwischen Armeesaniätssdienst und Militärversicherung ist auch möglich, wenn die beiden Abteilungen verschiedenen Departementen unterstellt sind. Ebenso gut kann die *Landestopographie*, ohne Nachteil für die Kartenbedürfnisse der Armee, im Rahmen des Departementes des Innern und in engerem Kontakt mit der ETH arbeiten.

Neben den vom Bundesrat bereits genannten «zivilen Ausgaben» des EMD erwähnen wir die *Turn- und Sportschule in Magglingen*, die 2,7 Mio beansprucht und, ohne direkten Zusammenhang mit der Armee, die körperliche Ertüchtigung der Bevölkerung und besonders der Jugendlichen fördert. Ihr Verdienst liegt in erster Linie auf dem Gebiete der Volksgesundheit. Sie gehört daher, in enger Verbindung mit dem eidgenössischen Gesundheitsamt und dem gesamten Schulwesen, ebenfalls zum Departement des Innern.

Zu den zivilen Aufgaben des EMD gehören auch die *Versorgung unserer Landwirtschaft mit Zugpferden und Maultieren* und die *Förderung der Maultierzucht*. Zur Sicherstellung des Pferdebestandes für die Armee werden hier militärische Organe eingespannt. Im Zeichen der Motorisierung überwiegt aber der zivile Ge-

sichtspunkt. Die Aufgaben könnten von der Abteilung für Landwirtschaft des Volkswirtschaftsdepartements übernommen werden, die bereits das Fohlen- und Hengstendepot Avenches betreut.

Die Abtrennung der genannten zivilen Ausgaben des EMD bringt keine Einsparungen für das Gesamtbudget des Bundes, aber eine Entlastung des der Kritik besonders ausgesetzten Militärbudgets.

Bei Berücksichtigung des Grundsatzes der Beschränkung auf das Notwendige sollte die Frage der *Beibehaltung* der *Kavallerie* neuerdings überprüft werden. Der Generalstabschef sagt in seiner 1948 erschienenen Schrift «Unsere Landesverteidigung», sie sei uns nicht unentbehrlich, aber es sei unter Umständen erwünscht, die Kavallerie beizubehalten. «Für ihre Abschaffung spricht vor allem, daß sie sehr teuer ist, fast so teuer wie die Luftwaffe, und daß somit ihre Leistungen in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Aufwendungen stehen» (S. 33). 1948 haben die eidgenössischen Räte die Zahl der Dragonerschwadronen von 30 auf 24 herabgesetzt. Die Kavallerie ist aber noch immer nicht um 20 % reduziert worden, denn in den WK des Jahres 1949 konnte man erhebliche Überbestände feststellen. Die Verzögerung der Liquidation der *Pferderegieanstalt* kostet den Bund Millionen. Wenn alle im Voranschlag pro 1950 eingesetzten 159 Arbeitskräfte noch militärisch benötigt würden, könnten sie jetzt nicht für die Vorarbeiten des in Zukunft von der Thuner Gesellschaft zur Förderung des Renn- und Hindernissportes übernommenen Concours hippique zur Verfügung stehen, wie dies die Presse berichtet. Auch bei einer Beibehaltung der Kavallerie im jetzigen Umfang müssen im *Remontendepot* erhebliche Einsparungen erzwungen werden. Im Voranschlag für 1950 sind für den Ankauf von 1000 Remonten 2,1 Mio ausgesetzt. Im laufenden Jahr wird mit 400 Rekruten gerechnet. Sind weitere 600 Remonten unbedingt nötig?

In das gleiche Kapitel gehört die Überprüfung der *Zweckmäßigkeit eigener Flugzeugtypen*. Nach langwierigem Bemühen sind schon eigene Flugzeuge entwickelt worden. Aber im Augenblick, in dem die Fabrikation hätte beginnen können, wurden die Leistungen dieser Typen bereits als ungenügend betrachtet, so daß das EMD auf deren Fabrikation verzichtete. Als Ersatz wurden im Ausland Mustang-Jäger und Vampire-Düsenjäger angekauft. Laut «Vampire»-Botschaft des Bundesrates vom 21. Mai 1947 muß bis zum Beginn der Ablieferung im Inland entwickelter Flugzeuge mit einer Frist von 5—6 Jahren gerechnet werden. Bei einer derart langen Frist laufen wir Gefahr, daß die selbst entwickelten Typen im Augenblick des Fabrikationsbeginnes wiederum überholt sind. Gewiß wäre die Eigenentwicklung von Flugzeugen nützlich, ist sie aber notwendig? Der Verzicht auf die Eigenentwicklung und der Entschluß zur Auslandsbeschaffung oder zum Bau ausländischer Typen in Lizenz würde das Militärbudget jährlich um etliche Millionen entlasten.

Schließlich ist noch festzustellen, daß die mehr aus Popularitäts- als aus Zweckmäßigkeitsgründen eingeführte *neue Uniform* dem Bund jährliche Mehrausgaben bringt. Allein die Abgabe von Hemd und Kravatte an die Rekruten dürfte pro Mann etwa 20 Franken kosten, pro Jahr also rund eine halbe Million²⁾.

Die Erneuerung und Modernisierung der Bewaffnung erfordern erhebliche Ausgaben. *Drakonische Sparmaßnahmen* sind infolgedessen nicht nur nötig zur *Respektierung des Plafonds der Bundesfinanzreform*, sondern zur Gewinnung von Mitteln für militärische Aufwendungen, die im Hinblick auf die *Arglist der Zeit die Schlagkraft unserer Armee verstärken*.

Miles

²⁾ Man erzählt sich, daß ein in die USA abkommandierter Offizier, der noch eine Uniform alter Ordonnanz mit umgelegtem Kragen trug, von amerikanischen Offizieren mit den Worten begrüßt wurde: «Sie tragen ja die Uniform, die wir seit langem suchen».